



iran-report

Nr. 10/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Offener Brief von 154 Parlamentariern an das iranische Volk / Heiße Phase des Parlaments-Wahlkampfes begann: Wahltermin steht / Entwurf zum neuen Pressegesetz / Finanzhilfen an terroristische Organisationen sollen eingestellt werden / 170 Internet-Seiten vor Verbot / Protest von Parlamentariern und Journalisten gegen die Lage in Gefängnissen / Selbstmordrate bei Jugendlichen nimmt rapide zu / Chomeinis Enkel fordert Sturz des Gottesstaates / Tod der iranisch-kanadischen Journalistin noch immer nicht aufgeklärt

II. Wirtschaft

Volkswagen lässt in Kerman montieren / 700.000 Autos der Marke Peykan sollen aus dem Verkehr gezogen werden / Iranische Wirtschaft nach wie vor abhängig vom Ölexport. Ein Überblick

III. Außenpolitik

UNO kritisiert Zustand der iranischen Justiz / Staatsbesuch des jordanischen Königs in Iran / Wird Iran das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnen? / Außenminister Charrasi fordert die Fortsetzung des Kampfes gegen Terror

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 11/2003 Anfang November) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Oktober 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik
Offener Brief von 154 Parlamentsabgeordneten an das iranische Volk

In einem offenen Brief an das iranische Volk, der von 154 Parlamentariern unterzeichnet wurde, betonen die Abgeordneten, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, um die vom Parlament verabschiedeten und vom Wächterrat abgelehnten Änderungen des Wahlgesetzes doch noch durchzusetzen. In diesem Brief, der in einer öffentlichen Sitzung des Parlaments verlesen wurde, werfen die Unterzeichner dem Wächterrat vor, die Demokratisierung der Gesellschaft zu blockieren.

„All jene, die davon überzeugt waren, dass man im Rahmen der bestehenden Verfassung zu einer demokratischen Staatsordnung gelangen könnte, sind seit einem Jahr bemüht, die Forderungen des Volkes, die sich in der Reform des Wahlgesetzes widerspiegeln, durchzusetzen“, schreiben die Parlamentarier. „Diese Reform sichert die Selbstbestimmung des Volkes und verhindert Entscheidungen, die gegen die Verfassung gerichtet sind.“ Es habe den Anschein, dass einige sich entschlossen hätten, sich dem Willen des Volkes entgegenzustellen, ja sogar das Parlament „zum Befehlsempfänger der herrschenden Macht“ zu machen.

Der Gesetzentwurf war im vergangenen Jahr seitens der Regierung Chatami dem Parlament vorgelegt worden. Ziel des Gesetzes war, die Macht des Wächterrates einzuschränken und zu verhindern, dass der Wächterrat bei Parlamentswahlen im Vorfeld eine ideologisch-politische Prüfung der Bewerber vornimmt und Kandidaten, die dem von Konservativen beherrschten Rat nicht genehm sind, die Zulassung verweigert.

Es war vorauszusehen, dass der Wächterrat einer solchen Reform nicht zustimmen würde, zumal es dabei um die Einschränkung seiner eigenen Macht ging. Für Konfliktfälle ist der „Schlichtungsrat“, dem Ex-Staatspräsident Rafsandjani vorsitzt und der mehrheitlich von Konservativen beherrscht wird, zuständig. Doch Präsident Chatami hatte sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen, im Falle der

Ablehnung den Schlichtungsrat einzuschalten. Denn nach seiner Meinung seien die Befugnisse des Wächterrats in der Verfassung klar festgelegt. Dieser Meinung entsprechen auch die Abgeordneten in ihrem offenen Brief. Die Weiterleitung des Parlamentsbeschlusses an den Schlichtungsrat sei nichts als Zeitvergeudung, schreiben sie. Zudem würde eine solche Vorgehensweise das gesamte System, das "den Anspruch erhebt, demokratisch zu sein", diskreditieren. "Daher werden wir als Vertreter des Volkes nicht zustimmen, dass das Gesetz an den Schlichtungsrat weitergeleitet wird. Als gewählte Vertreter des iranischen Volkes werden wir, gestützt auf das Vertrauen und den Willen des Volkes, alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Reformen durchzusetzen."

Die einzige legale Möglichkeit, die dem Parlament zur Verfügung steht, um das Gesetz trotz Ablehnung durch den Wächterrat durchzusetzen, wäre eine Volksbefragung. Ein solcher Schritt würde natürlich den Konflikt zwischen den politischen Fronten erheblich verschärfen. Ob die Reformier sich zu dieser Konfrontation entschließen würden, ist fraglich.

Heiße Phase des Parlaments-Wahlkampfes begann: Wahltermin steht

Nach langen Auseinandersetzungen haben sich der Wächterrat und das Innenministerium darauf geeinigt, den Termin für die Wahl des Parlaments auf den 20. Februar festzulegen. Laut einer Erklärung des Innenministeriums müssen Kandidaten sowohl in ihrem Glauben als auch in ihrer Lebenspraxis vom Islam und von der Staatsordnung der Islamischen Republik überzeugt sein. Ausgenommen sind Kandidaten, die den in der Verfassung anerkannten religiösen Minderheiten angehören. Ferner gehört zu den Voraussetzungen der Kandidatur die Treue zur Verfassung der Islamischen Republik sowie zum Grundsatz des Welayat-e Faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit).

Mit der Festlegung des Termins beginnt jetzt die heiße Phase des Wahlkampfes. Die Konservativen scheinen fest ent-

schlossen zu sein, das Parlament zurück zu erobern. Noch ist nicht klar, ob sie, wie bei den letzten Parlamentswahlen, eine geschlossene Front bilden oder wie bei den vergangenen Kommunalwahlen in einzelnen Gruppen auftreten werden.

Iradj Damschdi äußert in einem Artikel in der in Teheran erscheinenden Tageszeitung „Schargh“ die Ansicht, die Misserfolge, die nicht nur die Reformer, sondern auch die Konservativen bei den Kommunalwahlen hinnehmen mussten, würden vermutlich dazu führen, dass die rechten Gruppierungen trotz bestehender Differenzen eine Einheitsfront bilden werden. Tatsächlich bestätigen die Stellungnahmen führender Konservativer diese Ansicht. Ghlamreza Mesbahi, Sprecher der „Gemeinschaft kämpfender Geistlicher“, der wichtigsten Organisation der Rechten, erklärte, seine Organisation habe zur Vorbereitung der Wahlen zahlreiche Gespräche geführt. Sie sei bestrebt, in Absprache mit anderen Gruppen, gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Gerüchte besagen, dass der frühere Parlamentspräsident Ali Akbar Nategh Nuri, der bei den Präsidentschaftswahlen gegen Chatami unterlag, das Oberkommando im Wahlkampf übernehmen wird. Zwar hat Nategh Nuri dementiert, dass er ein solches Kommando übernehmen wird, aber sich nicht dazu geäußert, ob ein gemeinsamer Wahlkampf der Rechten geplant sei.

Während die Reformer das Schwergewicht ihres Wahlkampfes auf politische Reformen legen und dies damit begründen, dass ohne politische Reformen keine Entwicklung möglich sei, versuchen die Rechten, sich als die Kraft darzustellen, die in der Lage sei, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Insbesondere die Gruppe um Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani versucht dem Volk zu suggerieren, dass nur sie imstande ist, die Zügel in die Hand zu nehmen und erforderliche Maßnahmen zur Rettung der chaotischen Wirtschaft durchzusetzen.

Wesentlich schwieriger als bei den Konservativen gestaltet sich die Lage bei den Reformern. Die „Front Zweiter Khordad“ (am 2. Khordad wurde Staatspräsident Chatami zum ersten Mal gewählt), die ein Sammelbecken aller Reformgruppen und Strömungen bildete, funktioniert nur noch auf dem Papier. Selbst die größte Organisation, die Moscharekat-Partei, die vom Bruder des

Staatspräsidenten Mohammad Reza Chatami geführt wird, ist sich über Taktik und Strategie des Wahlkampfes nicht einig. Die Reformer haben bei den letzten Kommunalwahlen eine herbe Niederlage erlitten. Ihre Anhänger hatten sich aus Protest gegen die Misserfolge der Chatami-Regierung und des Parlaments geweigert, an den Wahlen teilzunehmen. In der Hauptstadt Teheran lag die Wahlbeteiligung bei zwölf Prozent. Die Verweigerung kam den Rechten zugute. Sie konnten die meisten Stadträte, auch den Teheraner Stadtrat erobern. Dieser große Verlust macht die Lage für die Reformer noch schwieriger. Die Befürchtung, dass auch bei den kommenden Wahlen die Wähler zu Hause bleiben und folglich die Konservativen den Sieg, wenn auch einen kläglichen Sieg, davon tragen, ist sehr groß.

Hinzu kommt, dass es den Reformern im Parlament bisher nicht gelungen ist, das neue Wahlgesetz, das sie mit ihrer Mehrheit verabschiedet haben, gegen den Wächterrat durchzusetzen. Ziel dieses Gesetzes war, dem Wächterrat zu untersagen, die ihm politisch und ideologisch nicht genehmen Kandidaten auszusieben. Der Wächterrat hat dieses Gesetz als verfassungswidrig abgelehnt. Die Chance, es doch noch durchzusetzen, ist sehr gering. Viele Mitglieder der Reformfraktion haben mit Mandatsniederlegung gedroht, auch Chatami deutete an, sollte das Gesetz nicht durchkommen, werde er zurücktreten. Doch solcherlei Drohungen lassen die Konservativen ungerührt. Im Gegenteil, konservative Politiker sowie die rechte Presse bezeichneten die Ankündigung der Mandatsniederlegung als Kollaboration mit in- und ausländischen Feinden der Republik. Sprecher der Justiz meinten, im Falle einer massenhaften Mandatsniederlegung müssten die betreffenden Abgeordneten ihren Beschluss vor dem Revolutionsgericht verantworten.

Einen letzten Ausweg sehen die Reformer in der Durchführung einer Volksbefragung. Wenn das Parlament und der Wächterrat sich nicht einigen können, soll das Gesetz dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Dieser Vorschlag hat mehrere Haken. Erstens braucht er im Parlament eine Zweidrittelmehrheit, was schwer zu erzielen wäre, weil selbst unter den Reformern ungewiss ist, ob alle Abgeordneten dem Vorschlag zustimmen würden. Zweitens bedarf auch ein solcher Beschluss des Parlaments der Zustimmung des Wächter-

rats. Schließlich könnte wie in ähnlichen brisanten Fällen der Revolutionsführer, der bei allem, was beschlossen wird, das letzte Wort hat, dagegen einschreiten.

Die Uneinigkeit der Reformen kommt bei einer Umfrage, die unter 220 Mitgliedern der Reformfraktion durchgeführt wurden, gut zum Ausdruck. Bei dieser Umfrage sprachen sich rund 50 Abgeordnete für die Mandatsniederlegung aus. Nicht einmal zehn Abgeordnete äußerten die Ansicht, man könnte durch Verhandlungen mit den Konservativen zu Kompromissen gelangen. Immerhin stimmten 150 Fraktionsmitglieder für eine Volksbefragung. Fraktionsmitglied Mohammad Reza Ali Hosseini meinte: „Eine Volksbefragung wäre zwar die beste Lösung, doch ich bin sicher, dass wir mit diesem Vorschlag nicht durchkommen werden. Daher habe ich mich für die Mandatsniederlegung ausgesprochen.“

Insgesamt betrachtet sind die Aussichten der Reformen alles andere als rosig. Die Gefahr, dass mit der Eroberung des Parlaments die Konservativen allen Reformbestrebungen ein Ende setzen und das Land wieder alleine beherrschen, ist sehr groß.

Entwurf zum neuen Pressegesetz

Das Parlament, das mehrheitlich von Reformern besetzt ist, wird Anfang Oktober einen erneuten Versuch unternehmen, das bestehende Pressegesetz zu reformieren. Zurzeit wird der Entwurf vom Kulturausschuss vorbereitet. Mit diesem Gesetz soll erstens das Verbot von Zeitungen zeitlich beschränkt werden und zweitens gesichert werden, dass Klagen gegen die Presse öffentlich und im Beisein von Geschworenen behandelt werden.

Grund für diese Initiative ist, dass unter den über neunzig Zeitungen, die in den letzten drei Jahren verboten wurden, die meisten „vorläufig“ ihr Erscheinen einstellen mussten. „Vorläufig“ meint bis zu einem endgültigen Urteil. Doch die Prozesse werden Jahre lang hinausgezögert. Zudem haben die wenigen Prozesse, die bisher durchgeführt wurden, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Geschworene stattgefunden. Dieser Zustand, der selbst zum bestehenden Pressegesetz und zur Verfassung im Widerspruch steht, soll beendet werden.

Es ist nicht das erste Mal in dieser Legislaturperiode, dass das Parlament bezüglich der Presse die Initiative ergreift, zumal die Sanktionen der Justiz sich fast ausschließlich gegen liberale und kritische Zeitungen richten. Den ersten Versuch unternahm das Parlament zu Beginn der Legislaturperiode. Der Versuch scheiterte, weil der Revolutionsführer dagegen intervenierte. Er befahl, das Gesetz aus der Tagesordnung des Parlaments heraus zu nehmen, eine ungewöhnliche Maßnahme, von der er nie Gebrauch gemacht hatte. Weitere Versuche, das Pressegesetz zu reformieren, scheiterten an dem Veto des Wächterrats. Es ist anzunehmen, dass der Rat auch dieses Mal das Gesetz blockieren wird.

Finanzhilfen an terroristische Organisationen sollen eingestellt werden

Regierungssprecher Abollah Ramezanzadeh gab bekannt, dass die Regierung in Kürze dem Parlament ein Gesetz vorlegen wird, das zur Einstellung von Finanzhilfen an Organisationen, die international als terroristisch bezeichnet werden, führen soll. Dieser Entwurf wurde vom Außenministerium, dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und der Zentralbank gemeinsam erstellt. Er soll Anfang Oktober dem Parlament vorgelegt werden. Es wird erwartet, dass er die Zustimmung der Volksvertretung finden wird. Sollte auch der Wächterrat dem Gesetz zustimmen, wird Iran der Internationalen Konvention gegen Terrorismus, die 1999 verabschiedet wurde, beitreten können.

Ramezanzadeh nannte nicht die Gruppen, die von diesem Gesetz betroffen sein werden. Er nannte nur als Beispiel El Qaida, fügte jedoch hinzu, dass Gruppen wie Hamas nicht dazu gehören würden.

Hamas wird von den USA als terroristisch eingestuft. Demzufolge wurden sämtliche Guthaben dieser Organisation in den US-Banken gesperrt. Auch die Europäische Union hat Anfang September den politischen Arm von Hamas sowie sämtliche Gruppen, die dieser Organisation nahe stehen, in die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. Grund für diese Entscheidung war ein Terroranschlag im vergangenen Jahr in Jerusalem, für den Hamas die Verantwortung übernommen hatte.

Iran bestreitet Hamas oder Hizbollah finanziell zu unterstützen. Nach Meinung des Regierungssprechers müssten die Aktivitäten dieser Organisationen als gerechter Kampf gegen eine aggressive Besatzungsmacht und nicht als Terrorismus betrachtet werden.

Die Internationale Konvention gegen Terror betrachtet jegliche finanzielle Unterstützung oder Sammlung für Organisation, die als terroristisch eingestuft sind, als Teilnahme an Verbrechen. Die Unterzeichnerstaaten der Konvention sind verpflichtet, ihre nationalen Gesetze und Bestimmungen mit dem Inhalt der Konvention in Übereinstimmung zu bringen. Darüber hinaus haben sie die Pflicht, Gruppen oder Personen, die den Grundsätzen zuwider handeln, gerichtlich zu verfolgen oder sie an das Land auszuliefern, gegen das die Terroraktivitäten gerichtet sind.

Regierungssprecher Ramenzanzadeh sagte, Iran werde seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und in diesem Rahmen auch die Terrororganisation El Quaida bekämpfen. Doch sein Land erwarte, dass auch die USA ihren Verpflichtungen nachkommen und die iranische Volksmodjahedin bekämpfen und ihre Mitglieder an Iran ausliefern.

Zu den Gerüchten, die besagten, dass Iran im Geheimen mit den USA über den Austausch von Mitgliedern von El Quaida gegen die der Volksmodjahedin verhandelt habe, sagte Ramezanzadeh: „Iran hat über die Auslieferung von Terroristen nicht verhandelt,“ und werde dies auch in Zukunft nicht tun.

170 Internet-Seiten vor Verbot

Ahmad Motamedi, Minister für Post, Telegraph und Telefon, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur IRNA, es gäbe im Internet rund 170 politische Seiten mit konterrevolutionärem Inhalt. Diese Seiten seien sowohl politisch als auch moralisch illegal und würden bald geschlossen werden. „Von den 170 Internet-Seiten gehören 160 konterrevolutionären und feindlichen Gruppen, die restlichen zehn haben die Heiligtümer des Islam beleidigt“, sagte der Minister. Die Schließung der Seiten erfolge unabhängig von den politischen Meinungen, die die jeweiligen Internetdienste vertreten. Einziger Grund für das Verbot sei die Übertretung und Missachtung von Gesetzen und Bestimmungen.

Der Minister gab bekannt, dass der „Oberste Rat der Kulturrevolution“ einen Ausschuss gebildet habe, der die Kriterien für Internetdienste festlegen werde. „Internetdienste, die diese Kriterien missachten, werden zunächst gewarnt und wenn sie die Warnung ignorieren, verboten“, sagte er.

Diese Ankündigung erfolgte nach einer von vierzig Abgeordneten unterzeichnete Anfrage im Parlament, die sich an den Minister für Post, Telegraph und Telefon richtete. Die Abgeordneten wollten wissen, auf welche Gesetze sich das Verbot der Dienste stützt. Der Abgeordnete Mussavi Khoniniha begründete die Anfrage damit, dass das Ministerium seit geraumer Zeit die Zensur von Internetseiten angeordnet und zahlreiche Internetdienste verboten habe, obwohl das Parlament diesbezüglich noch kein Gesetz beschlossen habe. Dabei habe er festgestellt, dass die Verbote nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Gründen erfolgt seien. „Internetdienste, die Lügen verbreiten und ihre Gegner denunzieren, dürfen weiter arbeiten, während jene Dienste, die durch ihre kritische Haltung dem Ministerium nicht genehm sind, verboten werden“, sagte Khoniniha. Die Bildung des Ausschusses und seine Aktivitäten bezeichnete er als illegal. Der Staatspräsident habe in einer Anweisung an das Ministerium ausdrücklich betont, dass das Ministerium nicht dazu befugt sei, Internetdienste zu verbieten.

Protest der Parlamentarier und Journalisten gegen die Lage in Gefängnissen

251 Parlamentarier, Professoren, Journalisten und andere Intellektuelle haben am 29. September in der Zentrale der Regierungspartei „Moschrekat“ gegen die Situation in den iranischen Gefängnissen gestreikt. Der Streik, den sie als „politisches Fasten“ bezeichneten, richtete sich konkret gegen willkürliche Festnahmen, gegen Folter und Misshandlung der Gefangenen. Es ist nun das zweite Mal, dass ein solcher Protest in Teheran stattfindet. Bereits am 17. September hatte eine kleinere Gruppe von Abgeordneten und Journalisten mit einem eintägigen Fasten die von Konservativen beherrschte Justiz aufgefordert, der

„permanenten Missachtung der Gesetze in den Gefängnissen“ ein Ende zusetzen.

Den aktuellen Anlass für diese Aktion lieferte das Schicksal des Journalisten Abbas Abdi, eines der bekanntesten Meinungsträger der Reformbewegung. Abdi wurde im Gefängnis unter Androhung von Sanktionen gegen seine Frau und seine Familie dazu gezwungen, seine politischen Überzeugungen zu widerrufen. Dafür sollte er unmittelbar nach der Gerichtsverhandlung freigelassen werden. Doch er befindet sich nach wie vor im Gefängnis. Inzwischen hat er den Inhalt der Verhöre und Verhandlungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und damit eine landesweite Empörung ausgelöst.

In der Erklärung der 251 Streikteilnehmer, die an das iranische Volk gerichtet ist, heißt es: „Wir hatten gehofft, dass unsere Botschaft vom 17. September, die in der Bevölkerung eine breite Unterstützung fand, die Verantwortlichen zum Nachdenken und Handeln bewegen würde. Doch zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, dass kein positiver Schritt gegen die unerträgliche Lage, in der sich zahlreiche Gefangene befinden, unternommen wurde. Im Gegenteil, die Nachrichten, die uns täglich aus den Gefängnissen erreichen, sind höchst besorgniserregend.“

Zu den Teilnehmern des Streiks gehörten namhafte Abgeordnete wie der Vorsitzende des Ausschusses für Außenpolitik und nationale Sicherheit, Mohsen Mirdamadi. Die Teilnehmer erklärten, sämtliche bisherigen Versuche des Parlaments, die Lage in den Gefängnissen zu ändern, seien gescheitert.

Die Ankündigung fand ein großes Echo im Land. Einige bekannte Persönlichkeiten, die der „National Religiösen Strömung“ angehören, wie Azam Taleghani und Ezatollah Sahabi erklärten ihre Solidarität mit den Streikenden. Sahbi selbst, der nach längerer Haft erst vor kurzem entlassen wurde, hatte nach seiner Freilassung von schweren physischen und psychischen Folterungen berichtet, die gegen ihn verübt wurden. Zahlreiche Studentenorganisationen in den Großstädten unterstützten die Forderungen der Streikenden.

Auch im Ausland begrüßten verschiedene iranische Oppositionsgruppen die Initiative der Parlamentarier. Die Organisation der Volksfedjin (Mehrheit)

verbrachte den letzten Tag ihres Kongresses mit Fasten. In einer Erklärung des neu gegründeten „Bündnisses der Republikaner“ heißt es: „Willkürliche Verhaftungen von Journalisten, Schriftstellern und Intellektuellen, physische und psychische Folterungen, die zur Zerstörung der Persönlichkeit der Gefangenen führen, gehören zum iranischen Alltag. Das Bündnis unterstütze jede Initiative, die sich gegen die Willkürmaßnahmen richte.“

Selbstmordrate bei Jugendlichen steigt

In den vergangenen zwölf Monaten haben sich mehr als 3000 Menschen in Iran das Leben genommen. Diese Zahl nannte Dr. Motamedi, Leiter des Amtes für soziale Fürsorge und Umwelt, in einem Bericht des Persischprogramms der Deutschen Welle, der sich auf die Reportage einer italienischen Nachrichtenagentur stützt. Das bedeutet, dass Iran alle drei Stunden einen Selbstmord zu verzeichnen hat. Dr. Motamedi äußerte die Ansicht, dass die Zahl der Suizide weit höher liegen müsse. Seiner Meinung nach würden viele Familien aus moralischen und religiösen Gründen den Selbstmord ihrer Angehörigen als natürlichen Tod deklarieren.

Die Selbstmordrate ist insbesondere unter Jugendlichen erschreckend hoch. Nach einer Studie, die eine Teheraner Studentenorganisation erstellt hat, leiden acht bis zehn Millionen Jugendliche in Iran unter psychischen Krankheiten, wobei der Anteil der Frauen weit höher liegt als der der Männer. Die Autoren der Studie sehen die Ursachen für die Krankheiten in Familienproblemen und in der Arbeitslosigkeit, die zu Depression und gar Selbstmord führen. In dieser Studie wird die Zahl der Suizide unter Jugendlichen auf 7000 im Jahr geschätzt.

Der in Teheran lebende Psychologe Prof. Asghar Dadkhah führt die hohe Selbstmordrate auf Resignation und Hoffnungslosigkeit zurück. Er bezeichnet die Situation als äußerst gefährlich. Sie könnte seiner Ansicht nach nicht nur die Zahl der Suizide steigern, sondern auch zu unlösbaren gesellschaftlichen Problemen führen. Durch den Zugang zu ausländischen Medien würden Jugendliche die eigene Lage ständige mit der der Gleichaltrigen in anderen Teilen der Welt vergleichen und dabei zu Schlussfolgerungen gelangen, die ihre eigene Lage als uner-

träglich erscheinen lässt. Die Schuld für diese Misere liege bei den Verantwortlichen des Staates, die die Bedürfnisse von Jugendlichen gänzlich ignorieren und ihnen stattdessen ihre Ideologie aufzwingen wollen.

Der Soziologe Dr. Hassan Hosseini von der Universität Teheran vertritt die Ansicht, dass ökonomische und kulturelle Armut viele Jugendliche zur Resignation, Depression und schließlich Selbstmord treiben. Sollten keine Vorbeugemaßnahmen getroffen werden, könnte dieses Phänomen zur Zerstörung der Substanz der Gesellschaft führen.

Diesen Wissenschaftlern gegenüber beurteilt Rahim Ebadi, der neue Leiter des „Nationalen Organisation Iranischer Jugend“, die Lage weit optimistischer. In einem Interview mit der Tageszeitung „Schargh“ meinte er, die Ära Chatami habe das Vertrauen der Jugendlichen zum Staat und ihr gesellschaftliches Engagement gesteigert. Jugendliche könnten heute frei ihre Meinung äußern und selbst den Staatspräsidenten kritisieren. Auf die Frage, inwieweit seine Organisation zu den rund 22 Millionen Jugendlichen im Land Kontakt habe, gab er zu, dass die Organisation bisher etwa zehn Prozent der Jugendlichen erreichen könne. Allerdings gäbe es im Land rund 1100 regierungsunabhängige Organisationen von Jugendlichen, die sich mit den Problemen der Jugend auseinandersetzen. Weitere 2500 hätten den Antrag auf Registrierung gestellt. Diese Organisationen würden enorm hilfreich sein, daher beabsichtige die Regierung, sie soweit wie möglich zu fördern.

Ebadi behauptete, 91 Prozent der Jugendlichen seien stolz Iraner zu sein. Er berief sich auf eine Umfrage, die bei Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren durchgeführt worden sei. „Diese Umfrage zeigt, dass sich Jugendliche sowohl mit ihrem Land als auch mit ihrer Religion identifizieren“, sagte er. Bei der Umfrage hätten 88 Prozent der Jugendlichen die Überzeugung vertreten, Iran habe im Vergleich zu anderen Ländern kulturell viel zu bieten. 82 Prozent zögen die iranische Musik der Musik aus anderen Ländern vor. 88 Prozent seien der Ansicht, dass die iranische Kultur vom Islam nicht zu trennen sei. Schließlich meinten 77 Prozent, dass Iran ohne den Islam seine Souveränität verlieren würde.

Trotz dieser auffallend einseitigen Darstellung gibt Ebadi zu, dass 50 Prozent der Jugendlichen unter Depressionen leiden. Ein hoher Prozentsatz kritisiere die Methoden, mit denen religiöse Fragen in der Gesellschaft erörtert würden.

Chomeinis Enkel fordert Sturz des Gottesstaats

Der Enkel des 1989 verstorbenen Gründers der Islamischen Republik Ayatollah Chomeini hat kürzlich bei seinem Besuch in den USA den Sturz des Regimes in Teheran gefordert. Er richtete öffentlich einen Appell an Präsident Bush. Er solle wie der frühere britische Premierminister Winston Churchill handeln, der damals sein Volk gegen Hitler mobilisiert habe, sagte Hossein Chomeini vor der konservativen US-Denkfabrik American Enterprise in Washington, Bush solle das Regime in Teheran zum Teufel jagen. Auf die Frage, ob er für eine Rückkehr der Familie des 1979 gestürzten Schahs sei, sagte er: „Derjenige, der die Kraft hat, die Iraner in die Freiheit zu führen, soll dort sein.“ Zurzeit der Monarchie habe es „wenigstens die freie Wahl der Religionsausübung“ gegeben. Seit der von seinem Großvater angeführten islamischen Revolution jedoch sei Iran „eine der schlimmsten Diktaturen“.

Zuvor hatte Chomeini am Rande der UN-Vollversammlung an einer Tagung über „Islam und Staat in einer säkularen Gesellschaft“ teilgenommen. „Der Glaube entsteht im Herzen der Menschen und tritt im Handeln der Individuen in Erscheinung“, sagte er. Ein religiöser Staat stehe im Widerspruch zu den Grundsätzen der islamischen Religion. Die Religion müsse immer getrennt vom Staat wirken. Die Führung des Staates sei eine Angelegenheit der Vernunft und nicht des Glaubens.

Chomeini war nach dem Sturz von Saddam Hussein in den Irak übergesiedelt. Er hat sich in der heiligen Stadt Nadjaf, dem Zentrum des schiitischen Glaubens niedergelassen. Hier hatte sich auch sein Großvater mehrere Jahre lang aufgehalten, bevor er als Führer der Revolution in seine Heimat zurückkehrte. In einem Interview mit der arabischen Tageszeitung „Al Schargh al ossat“ sagte der 46jährige: „Iran braucht ein neues, demokratisches Regime, ein Regime, das die Religion nicht zur Unterdrückung von Menschen missbraucht.“

Die Nachfolger seines Großvaters, die die Staatsführung übernommen haben, hätten den Namen des Revolutionsführers zu ihrer eigenen Legitimation missbraucht.

Es ist bekannt, dass Hussein Chomeini schon zu Lebzeiten seines Vaters dem islamischen Regime gegenüber kritisch eingestellt war und immer wieder zum Schweigen gezwungen werden musste. Nun prophezeit er für Iran eine neue Revolution. „Die Freiheit ist wichtiger als das Brot“, sagte er der arabischen Zeitung. Er habe nichts dagegen, wenn die USA versuchen würden, einen Regimewechsel in Iran herbeizuführen.

Die Zeitung schreibt, Chomeini habe dasselbe Haus bezogen, in dem sein Großvater sein Exil verbracht hatte. Letzte Woche seien aus Iran Killerkommandos eingetroffen, um den Abtrünnigen zu töten. Husseins Vater Mustafa Chomeini starb wenige Jahre vor der Revolution. Damals entstand das Gerücht, er sei von Geheimdienstlern des Schahs ermordet worden.

Tod der iranisch-kanadischen Journalistin immer noch nicht aufgeklärt

Seit dem Mord an der iranisch-kanadischen Journalistin Zahra Kazemi sind fast drei Monate vergangen. Noch immer ist der Täter nicht gefasst. Die Fotoreporterin wurde, während sie das Eviner Gefängnis in Teheran fotografierte, festgenommen. Während der Untersuchungshaft wurde sie bei den Verhören schwer misshandelt. Die Misshandlungen führten schließlich zu ihrem Tod. Zunächst versuchte die Staatsanwaltschaft den Mord zu vertuschen, doch schließlich musste die Justiz zugeben, dass Katemi infolge harter Schläge auf den Kopf gestorben sei. Die Zahl der in Frage kommenden Täter war demnach nicht so groß. Dennoch ist der Fall nicht aufgeklärt.

Die Teheraner Staatsanwaltschaft hat am 24. September die Ergebnisse ihrer Untersuchung veröffentlicht. Darin wird behauptet, dass „kein staatliches Organ“ für den Mord verantwortlich sei. Nur ein Angestellter des Informationsministeriums sei festgenommen worden, dem „etwas ähnliches wie vorsätzlicher Mord“ vorgeworfen werde.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zieht die Erklärung der Justiz in Zweifel und fragt, wie eine solche

Stellungnahme der Justiz möglich sei. „Zahra Kazemi ist 72 Stunden lang von der Staatsanwaltschaft, der Polizei und dem Informationsministerium verhört worden. Nach dem Bericht der vom Staatspräsidenten eingesetzten Kommission wurde sie bereits in den ersten Stunden des Verhörs zusammengeschlagen. Wie kann nun die Justiz zu dem Schluss gelangen, dass ein Angestellter des Informationsministeriums der mögliche Täter sei? Und wie kommt es, dass man nur eine einzige Person verdächtigt, die Tat begangen zu haben? Welcher Angestellte ist in der Lage, ohne Kenntnis der Vorgesetzten eine Gefangene zu foltern?“

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ bezeichnet die Behauptungen der Staatsanwaltschaft als unglaubwürdig, nicht zuletzt deshalb, weil Richter Esmaili, der mit dem Fall beauftragt worden ist, dem Chef der Teheraner Staatsanwaltschaft, Said Mortazawi, untergeordnet sei. Dabei stehe Mortazawi selbst im Verdacht, bei den Verhören dabei gewesen zu sein, ja sogar der Ermordeten den entscheidenden Schlag auf den Kopf versetzt zu haben. Die Organisation äußert die Hoffnung, dass der zuständige Parlamentsausschuss, der sich bereits mit dem Fall Kazemi befasst, endlich die Fakten offen legt.

Der kanadische Außenminister Bill Graham hat nach einem Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Kharrazi erklärt, es sei ihm zugesichert worden, dass Vertreter Kanadas sowie die Familie Zahra Kazemi an dem bevorstehenden Prozess teilnehmen können. Der Prozesstermin ist noch nicht bekannt.

Das Informationsministerium, das den Reformern nahe steht, hat nun zum zweiten Mal auf die Erklärung der Staatsanwaltschaft reagiert und gedroht, „alle Unterlagen, die die Unschuld des Ministeriums und die Schuld der Staatsanwaltschaft an dem Mord beweisen“, der Öffentlichkeit vorzulegen. Der Fall Kazemi ist zu einem Spielball im Machtkampf zwischen den Konservativen und den Reformern geworden. Es scheint, dass nur eine unabhängige, internationale Kommission Licht in das Dunkel bringen könnte.

II. Wirtschaft

Volkswagen lässt in Kerman montieren

Bahram Schariat, Vorsitzender der Gesellschaft für Fahrzeugindustrie in Kerman (Südiran), gab in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur IRNA bekannt, dass die Verhandlungen mit Volkswagen über die Montage von VW-Fahrzeugen in Kerman abgeschlossen seien und man bald einen Vertrag unterzeichnen werde.

Bislang wurden in Kerman Fahrzeuge der koreanischen Autofirma Daewoo montiert. Doch nach der Übernahme der Firma durch General Motors stellte Daewoo ihre Tätigkeit in Iran ein. Die US-Firma erklärte, sie werde fortan keine Ersatzteile nach Iran liefern. Damit folgte sie den Bestimmungen, die aus dem durch die USA über Iran verhängten Wirtschaftsboykott hervorgehen. Demgemäß ist amerikanischen Unternehmen untersagt, mit Iran Handel zu treiben oder in der Islamischen Republik Kapital zu investieren.

Der Vertrag mit Volkswagen sieht vor, dass in den ersten vier Jahren zweihunderttausend Fahrzeuge montiert werden sollen. Danach soll in einer nächsten Phase die Produktion auf vierhunderttausend gesteigert werden. Vorgeesehen sind vier verschiedene Fahrzeugmodelle der Firma VW. Die Fahrzeuge werden in etwa einem Jahr auf den Markt kommen. Bereits jetzt hat die Gesellschaft für Fahrzeugindustrie in Kerman eine groß angelegte, landesweite Werbekampagne für Volkswagen gestartet.

700.000 Autos der Marke Peykan sollen aus dem Verkehr gezogen werden

Im Zuge der Steigerung der Produktion und des Angebots neuer Fahrzeuge sollen in den nächsten drei Jahren 700.000 Personwagen der Marke Peykan aus dem Verkehr gezogen werden. Peykan ist das erste Auto, das vor vierzig Jahren in Iran produziert oder genauer, montiert, wurde. Manuchehr Manteghi, Geschäftsführer der Gesellschaft „Iran Khodro“, erklärte der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA gegenüber, in der ersten Phase würden 58tausend Peykan-Autos in der Hauptstadt Teheran aus dem Verkehr gezogen.

Es ist das erste Mal, dass die Regierung eine derartige Maßnahme zum

Schutz der Umwelt und zur Sicherheit des Verkehrs beschließt. „Die Maßnahme betrifft zunächst die ältesten Pektan-Fahrzeuge, die nichts mehr taugen“, sagte Manteghi.

Von insgesamt fünf Millionen Fahrzeugen in Iran sind 1,7 Millionen vom Typ Peykan, wovon sich 600 bis 700tausend in Teheran befinden. Im vergangenen Jahr wurden in Iran 500tausend Fahrzeuge produziert. Die Produktion soll in diesem Jahr auf 700tausend gesteigert werden.

Seit Jahren wird darüber diskutiert, was gegen veraltete Fahrzeuge getan werden sollte. Es scheint, dass die geplanten Maßnahmen auf die Initiative der Gesellschaft „Iran Khodro“ zurückzuführen sind, mit dem Ziel, alte Fahrzeuge durch neue zu ersetzen. „Die beschlossenen Maßnahmen werden sicherlich die Fahrzeughersteller dazu ermuntern, ihre Produktion zu steigern“, sagte Manteghi.

Das Problem mit den Peyka-Fahrzeugen besteht darin, dass sie seit vierzig Jahren kaum weiterentwickelt worden sind. Das hat dazu geführt, dass erstens die Qualität der Fahrzeuge im Vergleich zu anderen schlecht und zweitens der Preis zu hoch ist. Deshalb wird schon seit einigen Jahren erwogen, die Produktion der Peykas (und anderer veralteter inländischer Typen) einzustellen. Da jedoch der Staat zu viel Kapital in die Autoindustrie investiert hat, will man diesen Industriezweig nicht so leicht aufgeben. Deshalb ist die Regierung bemüht, die inländische Autoindustrie durch Kooperation mit ausländischen Firmen weiterzuentwickeln. Demzufolge wurde bereits im vergangenen Jahr ein Vertrag mit der französischen Firma Renault abgeschlossen. Gemäß diesem Vertrag sollen jährlich 300tausend bis 500tausend Fahrzeuge produziert werden.

Kurz nach dem Abschluss des Kooperationsvertrages mit Renault wurde der Import von ausländischen Fahrzeugen freigegeben. Voraussetzungen für den Import sind: Angebot von erforderlichen Dienstleistungen, Einhaltung der Zolltarife und Übereinstimmung mit internationalen Standards zur Schonung der Umwelt. Die Zolltarife für eingeführte Fahrzeuge sind relativ hoch angesetzt, damit sich inländische Fahrzeuge auf dem Markt behaupten können. Sie liegen etwa bei 170 Prozent. Den

noch werden ausländische Firmen, die nach der Revolution von 1979 den Export nach Iran eingestellt hatten, den iranischen Markt erobern.

Iranische Wirtschaft nach wie vor abhängig vom Ölexport. Ein Überblick

Die Zeitschrift Business Monitor International hat kürzlich einen Überblick über die iranische Wirtschaft veröffentlicht. Der Artikel wurde in der Teheraner Tageszeitung „Schargh“ in persischer Sprache wiedergegeben. Hier eine Zusammenfassung des Artikels:

Die iranische Wirtschaft ist trotz Vielfalt nach wie vor vom Ölexport abhängig. Im Jahr 2003 verliehen die angestiegenen Ölpreise der iranischen Wirtschaft neuen Auftrieb. Die schleppe Wiederaufnahme der Ölproduktion im Irak kommt den anderen ölproduzierenden Ländern zugute. Das iranische Erdöl wurde im Juli 2003 pro Barrel für rund 26 Dollar verkauft. Das ist im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres um 8 Prozent mehr. Obwohl die Kapazität des iranischen Ölexports aufgrund des Verbrauchsanstiegs im Inland und des Mangels an Modernisierung der Anlagen geringer geworden ist, werden diese Struktur- und Planungsschwächen zumindest im laufenden Jahr keine negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

Zwar haben sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und den USA bzw. der EU nicht gebessert. Aber Iran ist bemüht, diese Lücke durch die Stärkung der Beziehungen zu anderen Ländern, insbesondere zu Ländern Ostasiens zu füllen. Die Eröffnung einer Zweigstelle der iranischen Handelsbank in Peking im Juli dieses Jahres zeugt von einer Neubelebung der iranisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen. Das Handelsvolumen zwischen Iran und Malaysia im Jahr 2002 im Wert von 360 Millionen zeigte im Vergleich zum Jahr 1997 einen Anstieg von rund 30 Prozent. Dieser Trend wird sich vermutlich fortsetzen. Höchstwahrscheinlich wird Indien den bisherigen Import von fünf Millionen Tonnen flüssigem Erdgas aus Iran noch steigern und seinen Handel mit Iran weiter ausbauen. Indien wird sich auch am Bau der 600 Kilometer langen Eisenbahnstrecke von Iran nach Irak beteiligen.

Iran hat zahlreiche Pläne zur Privatisierung in Aussicht gestellt, auch soll ausländisches Kapital ins Land geholt werden. Ratsam ist, diese Pläne mit Skepsis zu betrachten, nicht nur weil die Regierung bisher viel versprochen und wenig davon gehalten hat. Auch deshalb, weil sich die Verhältnisse des internationalen Marktes auf dieses Vorhaben negativ auswirken. Doch die iranische Regierung hofft, die zweite Konzession des Mobilfunks an ein ausländisches Unternehmen verkaufen zu können. Dieses lukrative Projekt wird vermutlich für große Unternehmen wie Telecom Italia Mobile, Vodafone und Orange und auch für asiatische Firmen wie NIT und Docomo interessant sein. Die erste Konzession wurde an die staatlich iranische Telefongesellschaft vergeben, die inzwischen über eine Teilnehmerzahl von zwei Millionen verfügt. Doch ihre Kapazität ist erschöpft, eine Steigerung der Zahl der Teilnehmer ist kaum noch möglich. Mit dem neuen Projekt wird man rund acht Millionen neue Teilnehmer gewinnen.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten Irans außerhalb der Ölindustrie sind verstärkt worden, obwohl diese Aktivitäten im Vergleich zur Mitte der neunziger Jahre noch gering sind. Aber insgesamt ist die Entwicklung positiv zu bewerten. Das Bruttosozialprodukt wird 2003 bei 6,3 Prozent und 2004 bei 4 Prozent liegen. Dieser doch beachtliche Anstieg hat sich jedoch auf den Arbeitsmarkt kaum positiv ausgewirkt. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2002 ein wenig geringer geworden, doch das Ziel des Fünfjahresplans, die Zahl der Arbeitslosen jährlich um 800tausend zu reduzieren, wird sich nicht verwirklichen lassen.

Die iranische Wirtschaft hofft, durch Forcierung moderner Ausbildung die Abhängigkeit von ausländischen Importwaren zu verringern. Auch die Regierung versucht in- und ausländische Unternehmer zu Investitionen in der neuen Technologie zu bewegen. In diesem Zusammenhang hofft die Iptikal-Gesellschaft bis 2005 nach Taiwan in der Produktion von CD's den zweiten Rang zu erreichen.

Der Import von Benzin hat in diesem Jahr einen neuen Höhepunkt erreicht. Von 21. März bis 21. Juli importierte Iran täglich im Durchschnitt 13,5 Liter Benzin, das ist im Vergleich zum Vorjahr um 52,5 Prozent höher. Die Zu-

nahme des Konsums hat die Inflationsrate im Geschäftsjahr 2002/2003 auf 15,8 Prozent gesteigert. Das iranische Parlament hat, um übertriebenen Preissteigerungen entgegenzuwirken, für Preiserhöhungen von wichtigen Lebensgütern eine Höchstgrenze von 10 Prozent festgelegt. Diese Maßnahme könnte zwar der Preissteigerung Zügel anlegen, langfristig bleibt sie jedoch wirkungslos. Die private Nachfrage konzentriert sich hauptsächlich auf die Bauwirtschaft. Von Januar bis März wurden 47137 Baugenehmigungen erteilt. Das ist um 13,5 Prozent höher als im Vorjahr. Dementsprechend stieg auch die Zementproduktion an. Von 21. Januar bis 21. März wurden 9,8 Millionen Tonnen Zement produziert, das ist 8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Bisher ist das Einkommen Irans aus der Ölindustrie höher als vorausgesehen. Die relativ hohen Preise garantieren dafür, dass die Position Irans auf dem Weltmarkt weiterhin stark bleibt. Es ist nicht zu erwarten, dass die Verschlechterung der Beziehungen Irans zu EU und USA diese Position beeinträchtigen. Es könnte zwar sein, dass sich die Beziehungen zur EU weiterhin verschlechtern. Doch selbst wenn es 2004 zu einem Boykott iranischer Waren käme, könnte der Verlust durch den Handel mit Russland und mittelasiatischen Staaten ausgeglichen werden. Zudem werden viele europäische Unternehmen den Boykott ignorieren. Das gilt auch für die USA. Trotz des Boykotts treiben mindestens 30 amerikanische Unternehmen Handel mit Iran.

Iran hat in den vergangenen Monaten rund 900 Prozent mehr Stahl als im Vorjahr aus Indien importiert. Es ist anzunehmen, dass der Export Irans im nächsten Jahr ein Volumen im Wert von 25,15 Milliarden Dollar erreicht. Gleichzeitig wird der Import sich ein wenig steigern und den Wert von 24,06 Milliarden Dollar erreichen. Das bedeutet ein Überschuss von 3,09 Milliarden Dollar.

Das Defizit des iranischen Staatshaushalts 2003-2004 wird höher sein als erwartet. Ein Grund dafür sind die Steuereinnahmen, die niedriger ausfallen werden. Hinzu kommen die höheren Ausgaben, die auf die Vielzahl von Projekten zurückzuführen sind, die der Staat geplant hat. Dazu gehören 16 Staudämme, 8 Energieprojekte und 30 Abwässerkanalisationsprojekte.

Schließlich wird der Haushalt durch die Zunahme der Auslandsschulden belastet. Im Jahr 2002 hatten die Auslandsschulden Irans eine Höhe von 9,2 Milliarden erreicht.

Iran ist unter den OPEC-Ländern der zweitgrößte Produzent und besitzt mit 9 Milliarden Barrel Reserven rund 9 Prozent des gesamten Ölvorkommens und mit 223800 Kubikmeter Gas rund 15 Prozent des gesamten Gasvorkommens in der Welt. Der Anteil Irans an der OPEC-Produktion beträgt 3,73 Millionen Barrel täglich, aber in Wirklichkeit exportiert das Land 3,75 Millionen Barrel. Der Inlandsverbrauch ist ansteigend und beträgt schätzungsweise 7 Prozent. Die Einnahmen Irans aus dem Öl betragen 2002 nach Schätzung der Internationalen Energiebehörde rund 18,7 Milliarden Dollar. Allgemein werden die Einnahmen für das Jahr 2003 auf 23,7 Milliarden geschätzt.

Das große Risiko Irans besteht in der Möglichkeit des Verfalls der Ölpreise. Jeder Preisverfall steigert das Haushaltsdefizit. Sollten gleichzeitig die Auslandsschulden steigen, wird ein Ausgleich des Haushalts kaum möglich sein. Aber Iran wird sicherlich in den nächsten Jahren seinen Gasexport erheblich steigern und dadurch einen möglichen Preisverfall des Erdöls ausgleichen. Die Freihandelszonen werden sich auf die iranische Wirtschaft positiv auswirken und das Interesse der ausländischen Unternehmen, insbesondere der Banken für den iranischen Markt steigern. Einige arabische Banken planen bereits die Öffnung ihrer Filialen in Iran. Einige, wie die kuwaitische Nationalbank, sind bereits am Ort vertreten. In letzter Zeit ist zu beobachten, dass sich einige Banken, wie Stand & Chartered, die bereits in Iran vertreten sind, durch neue Filialen auszuweiten begonnen haben.

III. Außenpolitik

UNO kritisiert Zustand der iranischen Justiz

Die UNO-Kommission für Menschenrechte kritisierte in einem Bericht über den Zustand der iranischen Justiz, dass die Existenz von unterschiedlichen Gerichten zu Widersprüchen in der Rechtsprechung und somit zu ungerechten Urteilen führen. Nach Meinung der Autoren sind die Revolutionsgerichte, die im Zuge der Revolution gebildet wurden, längst „überholt“ bzw. „überflüssig“. Auch die Sondergerichte für Geistliche, die in der Verfassung der Islamischen Republik nicht vorgesehen seien, sollten abgeschafft werden.

Gerade diese beiden Gerichte wurden von der Justiz, die von Konservativen beherrscht wird, gegen Dissidenten, auch gegen Kritiker aus den eigenen Reihen, eingesetzt. Zahlreiche Journalisten, Politiker, Studenten und Intellektuelle sitzen aufgrund von Urteilen dieser Gerichte im Gefängnis. Die UNO-Kommission für Menschenrechte fordert die Abschaffung sämtlicher Sondergerichte. Demgegenüber sollte die Position normaler Gerichte gestärkt und deren Unabhängigkeit gesichert werden.

Staatsbesuch des jordanischen Königs in Iran

Abdullah II., König von Jordanien, wurde Anfang September als Staatsgast in Teheran empfangen. Es ist das erste Mal nach der Revolution von 1979, dass das jordanische Staatsoberhaupt Iran besucht. Im Mittelpunkt der Gespräche, die der König mit Staatspräsident Chatami und anderen führenden Politikern des Landes führte, standen die Situation im Irak sowie der Friedensprozess im Nahen Osten. Vor der Revolution pflegte Iran enge Beziehungen zu Jordanien. Schah Mohammad Reza Pahlawi war ein enger Freund von König Hussein, dem Vater Abdullahs. Nach dem Sturz des Schahs erkalteten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, weil die Mullahs den jordanischen König für einen Befehlsempfänger Washingtons hielten. Die Spannung vertieften sich im iranisch-irakischen Krieg (1980-1988), in dem sich Jordanien auf die Seite des Gegners Irak stellte. Es kam zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Erst 1992 wurden diese wieder aufgenommen. In der

iranischen Presse wurde der Besuch Abdullahs als „historisch“ bezeichnet.

Wird Iran das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnen?

Ob Iran das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnen wird, ist längst nicht ausgemacht: In einem am 28. September ausgestrahlten Interview mit dem US-Sender ABC erklärte der iranische Außenminister Kamal Charrasi, dass sein Land bereit sei, mit der internationalen Atombehörde (IAEA) zu kooperieren. Aber die Erfahrung zeigt, dass sich Äußerungen von Regierungsvertretern oft von der Position des Landes, die zumeist von den Konservativen festgelegt wird, unterscheiden.

Wenige Tage vor der Stellungnahme Charrasis verlautete aus Diplomatenkreisen, dass die Atombehörde neues, angereichertes Uran in Iran gefunden zu hätte. IAEA-Inspektoren hätten die Substanz bei Messungen in der Anlage Kalai-e, südlich von Teheran entdeckt. Es habe sich dabei um Spuren atomwaffenfähigen Materials gehandelt. Die iranische Regierung hatte Kalai-e ursprünglich als nicht-atomare Anlage ausgewiesen.

Was die Behörde gefunden habe, seien Reste von Verschmutzungen gewesen, die aus dem Ausland gekaufte Maschinen hinterlassen hätten, sagte Charrasi. Zudem sei das Anreichern von Uran nichts Falsches, solange es zu friedlichen Zwecken verwendet werde. Das iranische Atomprogramm sei jederzeit kontrollierbar, alles, was Iran diesbezüglich unternehme, stehe unter der Aufsicht der IAEA und des Inspektionsregimes.

Charrasi hatte bereits am Rande der UN-Vollversammlung betont, Iran verfüge nicht über Technologien zum Bau von Atomwaffen. „Wir haben nicht die Technologie, um Atomwaffen herzustellen, wohl aber die Technologie, um Uran anzureichern. Es ist ein Unterschied, die Technologie zu haben, um Uran für den Betrieb von Atomkraftwerken anzureichern, oder um tatsächlich eine Bombe zu bauen.“ Auf die Frage, ob Iran seine Atomaktivitäten aufgeben werde, antwortete der Minister: „Nein, auf keinen Fall. Dafür gibt es keinen Grund. Die Nukleartechnik ist für uns eine Frage des nationalen Stolzes. Ich bin der Auffassung, dass der Besitz

von Atomwaffen der Sicherheit unseres Landes nicht zuträglich wäre. Unserer Ansicht nach sollte die ganze Region atomwaffenfrei sein."

Auch das Außenministerium in Teheran erklärte, eine Abkehr von der friedlichen Nutzung der Nukleartechnik werde es für Iran nicht geben. Außenamtssprecher Reza Asefi sagte, die Behörden des Landes bereiteten derzeit eine Antwort auf das Ultimatum der IAEA vor. Die UN-Behörde in Wien hatte am 12. September Iran aufgefordert, bis zum 31. Oktober eindeutig nachzuweisen, dass sein Atomprogramm nur den Zweck der friedlichen Energiegewinnung und keine militärischen Ziele verfolgen. „Eine Beendigung unserer friedlichen atomaren Aktivitäten oder der Anreicherung von Uran ist nichts, bei dem Iran zu Kompromissen bereit ist. Wir sind daran interessiert, die Frage zu lösen, und davon überzeugt, dass die Verhandlungen und Gespräche fortgesetzt werden sollen“, sagte Asefi.

Auch Ali Akbar Salehi, Irans Botschafter bei der IAEA, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur AP: „Wir haben entschieden, unsere Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag zu erfüllen“, fügte allerdings hinzu: „Aber wir werden nicht darüber hinaus gehen.“ Damit meinte er, dass Iran den Inspektoren der Atombehörde nicht erlauben werde, nichtatomare Anlage zu besichtigen. Die Einschränkung bedeute keineswegs, dass seine Regierung die geforderte Unterzeichnung des Zusatzprotokolls ablehne, sagte Salehi. Er hatte Tage zuvor im staatlichen iranischen Fernsehen erklärt, die den IAEA-Inspektoren bislang gewährten Freiheiten gingen über die Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrages hinaus und würden nun beschnitten. Diese Aussage wurde am Sitz der Atombehörde in Wien als negative Reaktion auf die Resolution vom 12. September bewertet. „Wenn sich Teheran entscheidet, nur noch das Minimum zu tun, sieht das nicht nach der geforderten besseren Zusammenarbeit aus“, sagte ein Diplomat. Demgegenüber erklärte Salehi, diese Interpretation seiner Äußerung sei falsch.

Teheran hatte im August den Inspektoren die Kontrolle einer nichtatomaren Anlage erlaubt, während zwei Monate vorher IAEA-Mitarbeiter an den Toren der Fabrik Kalai-e-lectric abgewiesen worden waren. Es wird vermutet, dass Iran dort Zentrifugen zur Produktion

von waffenfähigem Uran erprobte. Anfang Oktober wird, die IAEA eine Gruppe von Waffeninspektoren nach Iran schicken. IAEA-Sprecherin Melissa Fleming sagte: „Der Oktober wird eine Zeit sehr intensiver Inspektionen und Gespräche in Iran.“ Von Seiten Irans werde während dieser Zeit eine verstärkte Zusammenarbeit erwartet. Iran müsse der Atombehörde alle Informationen zukommen lassen, damit im nächsten Bericht im November alle bislang offenen Fragen beantwortet werden können. Lege Iran sein Atomprogramm weiter nicht offen, könnten die USA und die Europäische Union nach Angaben von Diplomaten darauf drängen, den UNO-Sicherheitsrat wegen Missachtung der Auflagen einzuschalten, mit dem Ziel Wirtschaftssanktionen gegen Iran zu beschließen.

Indes haben US-Präsident George W. Bush und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin nach ihrem Gipfeltreffen in Camp David Iran aufgefordert, Pläne zur Entwicklung von Nuklearwaffen aufzugeben. „Es ist unsere Überzeugung, dass wir Iran jetzt ein klares, aber respektvolles Signal geben sollten, dass eine engere Zusammenarbeit mit der IAEA nötig ist“, sagte Putin. Bush erklärte, es sei das gemeinsame Ziel, sicherzustellen, dass Iran nicht über Atomwaffen verfüge.

Russland hat mit Iran einen Vertrag im Wert von 800 Millionen Dollar abgeschlossen, um ein als zivile Atomanlage bezeichnetes Werk zu errichten. Sein Land habe weder in Iran noch woanders die Absicht, in irgendeiner Art und Weise zum Bau von Massenvernichtungswaffen beizutragen, sagte der russische Präsident. „Ich möchte versichern, dass wir die Bestimmungen des Atomwaffenvertrages eindeutig erfüllen, weil dies natürlich in unserem nationalen Interesse ist.“ Dennoch betonte er, dass Russland die Kooperation beim Bau des Atomkraftwerks in Iran fortsetzen werde. „Die gemeinsame Arbeit wird weitergehen“, sagte er. Putin hatte bereits im Vorfeld zu dem Gipfel in Camp David in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur Interfax gesagt, nicht nur Russland, sondern auch viele Unternehmen des Westens seien in der Atomindustrie Irans tätig. Dies betreffe auch Technologie-Bereiche, die nicht nur zivil, sondern auch militärisch genutzt werden könnten. Er sei gerne bereit, entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

Auch einige europäische Staaten haben sich inzwischen in dem Atomkonflikt mit Iran eingeschaltet. Nach Angaben eines Diplomaten in Wien haben Deutschland, Frankreich und Großbritannien in einem Schreiben an die iranische Regierung das Land aufgefordert, die Auflagen der Atombehörde zu akzeptieren. Sollte Iran das Zusatzprotokoll unterzeichnen, wären sie zu verstärkter Zusammenarbeit bereit. Die US-Regierung zeigte sich über das Schreiben beunruhigt. Damit sei „ein verwirrendes Signal“ gegeben, was den Druck auf Iran schwächen könnte, verlautete aus Regierungskreisen. Der Brief sei „nicht das Klügste“ und „kein guter Weg“. Diese Warnung aus Washington veranlasste offenbar Bundeskanzler Schröder nach seinem Treffen mit Präsident Bush in New York zu einer erneuten Stellungnahme. Nach der Rückkehr von seiner USA-Reise forderte er im Deutschen Bundestag Iran zu einem umfassenden Verzicht auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen auf. Zudem erwarte Europa von Iran, dass das Land voll mit der Internationalen Atombehörde kooperiere, sagte der Kanzler. Seine Regierung sei über die Entwicklung in Iran besorgt.

Kurz vor Redaktionsschluss traf noch eine Stellungnahme der EU-Außenminister ein, in der Iran zur Kooperation mit der Atombehörde aufgefordert und im Falle der Weigerung mit Folgen für die Handelsbeziehungen gedroht wird. „Die Wirtschaftsbeziehungen zu Iran können nur vertieft werden, wenn es Fortschritte in den wichtigsten Fragen gibt“ heißt es dort. Außenminister Fischer erläuterte: „Ein nuklearer Rüstungswettlauf in der Region ist so ziemlich das Schlimmste, was man sich vorstellen kann.“

In Iran hat der Druck von außen eine kontroverse Diskussion, vor allem zwischen Konservativen und Reformern ausgelöst. Präsident Chatami sagte im iranischen Fernsehen: „Ich stelle es klar in nur zwei Sätzen: Atomwaffen nein, nein, nein; friedliche Nuklear-technologie ja, ja, ja. Niemand kann uns dieses legitime Recht verweigern. Wir sind nicht nur wegen unserer religiösen Überzeugung gegen die Produktion von Massenvernichtungswaffen. Wir sind vielmehr auch Anwälte für einen Mittleren Osten ohne Nuklearwaffen.“ Iran werde sich keinem Druck von außen beugen, sagte der Präsident. Die ira-

nischen Streitkräfte seien „für jede Art von Militärintervention vorbereitet“. Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani, die graue Eminenz der Konservativen, zeigte sich über das Ultimatum der Atombehörde empört. Es sei eine Unverschämtheit, Iran unter Druck zu setzen, sagte er beim Freitagsgebet. Sollte man in Wien einen unvernünftigen Beschluss fassen, werden die Entscheider die Folgen zu spüren bekommen. Der Generaldirektor der Atombehörde, El Baradei, habe erklärt, im Bezug auf Iran gäbe es gewisse Unstimmigkeiten. Dagegen seien die USA dabei, ihr Atomwaffenarsenal weiter auszubauen. Aber in Wien werde nicht über die USA, sondern über Iran diskutiert. Kein Staat sei bisher gezwungen worden, das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen. Bisher hätten lediglich 32 Staaten dem Protokoll zugestimmt. Iran werde die Forderungen der Behörde prüfen und gemäß den Interessen des Landes eine Entscheidung treffen. Eine Entscheidung bedürfe jedoch der Zustimmung der Regierung, des Parlaments und des Wächterrats. Keiner dieser Instanzen dürfe ausgeschaltet werden. Man könne dem Land also keine Fristen setzen und es zwingen, die eigene Verfassung zu missachten.

Während die Reformer offen für die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls eintreten und meinen, angesichts drohender Gefahren für das Land sollte Iran mit der IAEA kooperieren, versuchen die rechten Islamisten die Stimmung gegen die Atombehörde, die sie als „Werkzeug der USA“ bezeichnen, anzuheizen. Das iranische Staatsfernsehen meinte in einem Kommentar zu dem Ultimatum der Atombehörde, die Resolution sei von den USA und dem „zionistischen Regime“ Israels angezettelt worden. Die rechte Tageszeitung „Djomhuri-e Eslami, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt, schrieb, Iran solle internationale Organisationen ignorieren und akzeptieren, dass der richtige Weg derjenige sei, „der von den Nordkoreanern gewählt wurde“, die ihr Atomprogramm weiter ausbauen.

Auch einflussreiche Vertreter der Konservativen äußern die Ansicht, dass die Unterzeichnung des Protokolls gleichbedeutend sei mit der Aufgabe der Nationalen Souveränität. Das ganze Spiel sei die Wiederholung dessen, was bereits mit dem Irak erprobt worden sei. Zunächst würden Inspektoren ins Land geschickt, die erst die Atomanlagen, dann die gesamte Industrie und

schließlich die Schlösser inspizieren würden. Dann würden sie behaupten, Iran sei bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen, was ein Grund für einen militärischen Angriff wäre.

Dieselben Argumente werden Woche für Woche durch Freitagsprediger unter das Volk gebracht. Angesichts dieser Stimmungslage ist es schwer vorstellbar, dass Iran dem Ultimatum Folge leisten und bis zum 31. Oktober das Protokoll unterzeichnen wird.

Außenminister Charrasi fordert die Fortsetzung des Kampfes gegen Terror

Der iranische Außenminister Kamal Charrasi forderte zum zweiten Jahrestag der Anschläge vom 11. September in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo die Fortsetzung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Zugleich warnte er vor Illusionen und Fehlschlüssen über die Wirkung von militärischen Angriffen. Die Anschläge von New York und Washington seien eine Katastrophe für die ganze Welt gewesen, sagte der Minister.

„Iran hat mit der strikten Ablehnung des Taliban-Regimes in Afghanistan eine wichtige Rolle gegen den Terrorismus gespielt, sagte Charrasi. Die USA hätten jedoch mit der Invasion Afghanistans falsch gehandelt. „Ihr Fehler war zu glauben, dass ein Militäreinsatz Terrorismus ausrotten kann. Jetzt zeigt sich aber, dass sich sowohl die Taliban als auch El Qaida reorganisiert haben und ihre terroristischen Aktivitäten fortsetzen.“